



MdB Astrid Grotelüschchen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

09. August 2020

Alarmstufe Rot: Grotelüschchen will Hilfen für betroffene Branchen

Während die Innenstädte wieder voll sind und zum Beispiel Theater nach und nach öffnen, herrscht in manchen Branchen immer noch „staatlich verordneter“ Stillstand: Die Eventbranche mit zum Beispiel Konzert- und Messeveranstaltern, Schausteller, aber auch Gesellschaftshäuser haben nach wie vor mit extremen Einschränkungen zu kämpfen. Darauf machten Veranstalter und Co. am Mittwoch bei einer Demonstration in Berlin unter dem Titel „Alarmstufe Rot“ aufmerksam. Die hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftspolitikerin Astrid Grotelüschchen war für einen persönlichen Austausch vor Ort, nachdem sie bereits vor Monaten den Dialog mit betroffenen Unternehmen im Wahlkreis gesucht hatte: „Wir müssen gemeinsam mit den Branchen einen Weg finden, mit klugen Konzepten und spezifischer finanzieller Unterstützung eine Fortführung möglich machen.“

Neben mehreren durch Grotelüschchen im Wirtschaftsministerium initiierten Gesprächen fand heute auf Einladung der CDU/CSU-Fraktion unter anderem mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und MIT-Kollegen Dr. Carsten Linnemann ein Austausch mit Vertretern der Veranstaltungsbranche im Bundestag statt. Beharrlich kämpft Grotelüschchen für eine Perspektive: „Veranstalter und Soloselbstständige müssen wieder Umsätze generieren können, statt immer auf das nächste befristete Hilfspaket angewiesen zu sein. Ich hoffe, dass dies mit dem Ansatz unseres Bundesgesundheitsministers Jens Spahn mit einer Kombination aus Antigen-Schnelltests sowie Abstands- und Hygienemaßnahmen möglich ist. Auch Niedersachsen ist hier gefragt, mit Regelungen und differenzierten Hilfen den Öffnungsprozess zu unterstützen und ein „Abwandern“ von Veranstaltungen und Feiern in benachbarte Bundesländer wie etwa Bremen zu verhindern.“ Dies sei auch bei Gesellschaftshäusern der Fall: „Gerade in ländlichen Regionen wie meiner sind unsere Gaststätten mit großen Saalbetrieben Anlaufstellen, die auf der Strecke bleiben und damit die Struktur der Region dauerhaft schwächen würden. Das gilt es zu verhindern“, so die Abgeordnete.

Pressemitteilung